

Hannes Pichler

„Freundschaft der mutigen Tat“ – Franz Josef Strauß und der Sechs-Tage-Krieg 1967

Am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges wandte sich ein besorgter Franz Josef Strauß (1915–1988) an Shimon Peres (1923–2016). Aus der Distanz verfolgte der deutsche Bundesfinanzminister das militärische Gebaren der arabischen Staaten, die sich im Mai des Jahres 1967 entschlossen zeigten, den jüdischen Staat zu vernichten, und in Israel damit existenzielle Ängste hervorriefen. „I appreciate your thoughts more than I can say“, antwortete Peres auf die Anteilnahme von Strauß und betonte: „We feel safe and confident“¹. Nicht zum ersten Mal beschäftigte sich Franz Josef Strauß in jenen Tagen eingehend mit der Bedrohungslage Israels im Nahen Osten und erörterte diese mit Shimon Peres. Vielmehr war Strauß seit einem Jahrzehnt im Detail über Fragen zu Israels nationaler Sicherheit und den Kapazitäten der israelischen Streitkräfte informiert. Im Dezember 1957 war Shimon Peres erstmals im geheimen Auftrag seines Regierungschefs David Ben-Gurion (1886–1973) in das bayerische Rott am Inn gereist, um den damaligen Bundesverteidigungsminister Strauß um Waffen für die israelische Armee zu bitten. Seitdem stand Strauß nicht nur im ständigen Dialog mit israelischen Entscheidungsträgern aus Politik und Militär, sondern bemühte sich auch persönlich um die Sicherheit des jüdischen Staates. Zum fünfzigsten Jahrestag des Sechs-Tage-Krieges sollen hier zwei Aspekte dieses Eintretens von Franz Josef Strauß für die Sicherheit Israels in den Blick genommen werden: Zum einen die geheime Militärkooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel, die unter der Federführung von Strauß und Peres abgewickelt wurde und einen Beitrag zur militärischen Schlagkraft Israels im Sechs-Tage-Krieg leistete; zum

¹ Telegramm von Shimon Peres an Franz Josef Strauß vom 26.05.1967, Archiv für Christlich-Soziale Politik, München (Im Folgenden: ACSP), NL Strauß, Fam 562.

anderen das politische Bekenntnis des späteren Kanzlerkandidaten Strauß zu Israels sicherheitsbegründeten Ansprüchen auf das 1967 besetzte Westjordanland.

1. „Friendship for a rainy day“ – Die deutsch-israelische Sicherheitskooperation unter Franz Josef Strauß

„For us the trip to Germany was like a parting from reality. We didn't see trees, houses and people. We saw memories, sights and goals one can't forget.“² Als Shimon Peres im Dezember 1957 nach Deutschland aufgebrochen war, lag noch der Schatten des Holocaust über dem Verhältnis der beiden Länder zueinander: Mit Ausnahme des Wiedergutmachungsabkommens von 1952 bestanden keinerlei formale Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel, und die Sensibilitäten der israelischen Gesellschaft forderten ein distanzierendes Verhältnis zum „Land der Täter“ (Menachem Begin). Genauso war die deutsche Außenpolitik in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren vornehmlich um gute Kontakte zu den arabischen Staaten bemüht und nicht bereit, diese durch öffentliche Beziehungen mit Israel zu riskieren. Gleichwohl dominierten pragmatische Überlegungen die Politik von Regierungsvertretern in beiden Ländern: Israel lag isoliert inmitten einer feindlichen Staatenwelt, die von der Sowjetunion militärisch aufgerüstet wurde, und verfügte selbst nur über geringe Mittel, sich dieser Übermacht entgegen zu stellen. Folglich schien es notwendig, den Blick von der Vergangenheit auf die Zukunft zu richten und Militärgüter aus jenen Ländern zu beziehen, die bereit waren, Israel auf diesem Gebiet zu unterstützen. In der Bundesrepublik wiederum zeigte sich Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister (amtierend von 1956–1962, CSU) an der strategischen Eingliederung Israels in den Westen interessiert, sei es doch eitel, „bei der Verteidigung Europas nur an die ‚Hauptaufgaben‘ zu denken, während die Hintertür – der Nahe Osten – offen bleibt.“³ Zugleich war er um Handels- und Ausrüstungspartner bei dem Aufbau der Bundeswehr bemüht und vergaß nicht, auf die Verpflichtung des deutschen Volkes hinzuweisen, sich aus moralischen Gründen für die Sicherheit des jüdischen Staates zu engagieren.

² Michael Bar-Zohar: Shimon Peres. The Biography. New York 2007, S. 76.

³ Shimon Peres: David's Sling. The Arming of Israel. New York 1970, S. 71.

Als Shimon Peres im Jahr 1957 mit Strauß zusammentraf, lag daher eine Übereinstimmung von Interessen vor, die in der Folge zur Eröffnung eines neuen Kapitels der deutsch-israelischen Beziehungen führen sollte. Welche konkreten Ziele führten dabei Peres durch das Dickicht der Erinnerung zu Franz Josef Strauß? Zwei vormals klassifizierte Aktennotizen aus dem Auswärtigen Amt geben darüber Auskunft: Demnach bemühte sich das israelische Verteidigungsministerium um die Jahreswende 1957/1958 um die Lieferung deutscher U-Boote an Israel, um die Ausbildung israelischer Offiziere in Deutschland sowie zusätzlich um Sicherheitsgarantien von Seiten der NATO.⁴ Rein rechtlich waren Strauß dabei die Hände gebunden: Waffenverkäufe der BRD bedurften nach dem Grundgesetz der Zustimmung des Bundeskabinetts, das sich jedoch offen gegen rüstungswirtschaftliche Kontakte mit Israel aussprach; zugleich schloss das Wiedergutmachungsabkommen von 1952 Waffenlieferungen aus.⁵ Dennoch stimmte Strauß „unter hohem persönlichen Risiko“⁶ der Hilfe zu und sorgte dafür, dass sämtliche bilateralen Kontakte und Lieferungen unter höchster Geheimhaltung stattfanden.

Entsprechend bestürzt zeigten sich die Diplomaten im Auswärtigen Amt, als sie in Erfahrung bringen mussten, von Strauß wiederholt vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden und auf dessen Militärkooperation mit Israel keinen Einfluss zu haben. Die restriktive Informationspolitik des Bundesverteidigungsministeriums sollte dabei nicht nur politisch nachteilige Konsequenzen in Deutschland und Israel verhindern, sondern zudem über die fehlende legale Basis der gegenseitigen Abmachungen hinwegtäuschen. Desinformation und Geheimhaltung wurden so zu den bestimmenden Prinzipien des Strauß'schen Verfahrens in der israelischen Angelegenheit: Mahnende Briefe des Bundesaußenministers an den Bundesverteidigungsminister blieben unbeantwortet, auf den Sach-

⁴ Aktennotiz des Bundesaußenministers Heinrich von Brentano vom 5.1.1958, vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (Im Folgenden: PA AA), B130, Bd. 8410A; siehe ebenfalls: Aktenvermerk von Heinrich von Brentano vom 13.1.1958, PA AA, B130, Bd. 8410A.

⁵ Vgl. Nils Hansen: Geheimvorhaben Frank; Kol. Zur deutsch-israelischen Rüstungszusammenarbeit 1957 bis 1965. In: Historisch-politische Mitteilungen 6 (1999), S. 229–264, hier: S. 229.

⁶ Franz Josef Strauß: Erinnerungen. München 2015 (Erste Aufl. 1989), S. 422.

verhält direkt angesprochen, reagierte Strauß „ziemlich reserviert“⁷ und darüber hinaus befand er, in der israelischen Angelegenheit „die Dinge nicht durch langwierige Korrespondenz verzögern und komplizieren“⁸ zu wollen. Im Detail belegt die Korrespondenz aus deutschen Ministerien, mit welcher Konsequenz Franz Josef Strauß den Deutschen Bundestag sowie zahlreiche Bundesbehörden überging und einzig mit der politischen Rückendeckung von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967, CDU) die Beziehungen zu Israel gestaltete, die offiziell nicht bestanden und inoffiziell durch Rüstungsgüter ausgeglichen wurden. „Es ist für den Verteidigungsminister auf die Dauer nicht möglich“, so Strauß gegenüber Außenminister Heinrich von Brentano (1904–1964, CDU), „den Wünschen der Israelis zu entsprechen und gleichzeitig die Bedenken des Auswärtigen Amtes zu berücksichtigen.“⁹ Die Akten zeigen, dass sich Strauß gegen Recht und politische Bedenken und für die Hilfe an Israel entschieden hatte.

Diese Israelhilfe von Franz Josef Strauß war zunächst mit der Ausbildung israelischer Soldaten angelaufen und später auf deutsche Waffenlieferungen an Israel sowie auf deutsche Waffenkäufe in Israel ausgeweitet worden. Schon kurz nach den ersten Gesprächen zwischen Peres und Strauß waren es im April 1958 „mindestens 8 israelische Offiziere und 149 Unteroffiziere“¹⁰ gewesen, die in Deutschland ausgebildet wurden und das Aufsehen des Auswärtigen Amtes erregten. Durch die unverhältnismäßig hohe Anzahl israelischer Soldaten sah man dort den „Grundsatz der Gleichberechtigung“¹¹ gefährdet. Nachdrückliche Forderungen zur Einstellung der



1 Franz Josef Strauß mit David Ben-Gurion, Marianne Strauß und Shimon Peres (von links nach rechts) 1963 in Tel Aviv

⁷ Aufzeichnung des Staatssekretärs Hilger van Scherpenberg vom 16.7.1959, betr. Rüstungsgeschäfte mit dem Orient, vgl. PA AA, Bd. 130, Bd. 4966A.

⁸ Aufzeichnung des Staatssekretärs Hilger van Scherpenberg vom 3.2.1960, betr. Rüstungsbestellungen im Ausland, vgl. PA AA, B130, Bd. 4961A.

⁹ Brief von Franz Josef Strauß an Heinrich von Brentano vom 31.5.1961, vgl. PA AA, B130, Bd. 5095A.

¹⁰ Vermerk der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes vom 8.4.1958, vgl. PA AA, B12, Bd. 1045.

¹¹ Ebd.

Ausbildungsmission jedoch veranlassten Strauß einzig dazu, das Unternehmen einer strengeren Geheimhaltung zu unterwerfen anstatt die ursprüngliche Abmachung mit Peres zu brechen. Als im Frühsommer 1963, im Umfeld des ersten Besuchs von Strauß in Israel, schließlich bekannt wurde, dass israelische Soldaten an Panzer und Luftwaffe in Deutschland ausgebildet werden, überraschte dies Öffentlichkeit, Bundestagsabgeordnete und Ministerialbeamte gleichermaßen. Das Bemühen, diese Hilfeleistung von offizieller Seite herunterzuspielen und weiterreichende Kontakte mit Israel zurückzuweisen, war jedoch nur von kurzfristigem Erfolg gekrönt: Ein Jahr später, im Oktober 1964, erschütterte eine brisante Meldung der *Frankfurter Rundschau* die deutsche Nahostpolitik, als sie offenlegte, dass die Ausbildung israelischer Soldaten der Einweisung in neu erworbene Ausrüstung diene, die unter Franz Josef Strauß nach Israel geliefert wurde.

Auf abenteuerliche Weise hatte das deutsche Militärgerät seit den späten 1950er Jahren die israelische Armee erreicht. Die Israel zugesagten Waffen habe man, so erinnerte sich Strauß später, „heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt und hernach als Ablenkungsmanöver bei der Polizei in einigen Fällen angezeigt“¹². Tatsächlich bemerkte die deutsche Luftwaffe im Frühjahr 1963, dass „(Eigentums-)Papiere zwar hier, die Hubschrauber aber fort“¹³ seien; Jahre später wird sie das FBI überraschend in Israel ausfindig machen. Fiktive Dienststellennummern auf Sardinien dienten bei der Übergabe als Tarnung,¹⁴ während sich deutsches Armeepersonal wiederholt darüber wunderte, auf Anordnung unbekannter ausländische Transportmaschinen kostenlos zu betanken.¹⁵ Noch in späteren Jahren wird Franz Josef Strauß öffentlich nur „von kleineren Mengen militärischen Materials“ sprechen, die auf diesem Wege nach Israel gelangten. Aus Akten des Bundesverteidigungsministeriums geht heute hervor, dass es sich bei Waffenlieferungen im Wert von 193,95 Mio. DM jedoch um deutlich mehr als die suggerierte geringe Menge

¹² Strauß: *Erinnerungen* (wie Anm. 7), S. 422.

¹³ Vermerk des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung vom 4.5.1963, betr. Hubschrauber H-34 Sikorsky, Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv, Freiburg i. Br. (Im Folgenden: BArch) BW1/374245.

¹⁴ Aktenvermerk des Führungsstabes der Luftwaffe vom 21.6.1963, betr. Programm Frankreich-Kol, BArch BW1/374245.

¹⁵ Schreiben des Bundeswehrverwaltungsamtes an den Bundesminister der Verteidigung vom 14.11.1963, BArch BW1/2470.

militärischen Materials gehandelt hatte.¹⁶ Für diese Summe gelangte bis Ende 1964, als die Waffenhilfe nach ihrem Bekanntwerden aus politischen Gründen eingestellt werden musste, folgendes Material nach Israel: 24 Sikorsky-Hubschrauber, 34 Militärflugzeuge, 1.600 Cobra-Panzerabwehrraketen, 500 NATO-Ford LKW, 472 Anhänger sowie insgesamt 300.000 Schuss Munition; zusätzlich wurden zwei Flak-Bataillone vollständig ausgerüstet und 40 amerikanische Kampfpanzer geliefert, die von der Bundeswehr umgerüstet und deren Anschaffungskosten vom Bundesverteidigungsministerium übernommen wurden.¹⁷ Diese hätten sich, wie ein israelischer Generalstabsoffizier unmittelbar nach Ende des Sechs-Tage-Krieges 1967 äußerte, in den vorangegangenen Kriegshandlungen „hervorragend bewährt“¹⁸. Genauso erinnerte sich der spätere israelische Präsident Ezer Weizman gegenüber Franz Josef Strauß, als er am 5. Juni 1967 als Mitglied des israelischen Generalstabs die Besetzung der Sinai-Halbinsel mit deutschem Gerät einleitete, nachdem zuvor die Lufthoheit gegenüber Ägypten erzielt worden war.

Neben der unmittelbaren Waffen- und Ausbildungshilfe hatte die Sicherheitskooperation unter Franz Josef Strauß noch eine dritte Dimension angenommen, welche den Aufbau der israelischen Streitkräfte im Vorfeld des Sechs-Tage-Krieges unterstützte und ebenfalls Ende der 1950er Jahre angelaufen war. Brieflich hatte der Bundesverteidigungsminister dem Außenminister damals mitgeteilt, dass er sich darum bemühe, „den Israelis unter Wahrung der gebotenen politischen Vorsicht in der Weise zu helfen, dass von hier [Deutschland, Anm. HP] aus verschiedene kleinere Aufträge in die israelische Industrie vergeben werden.“¹⁹ Tatsächlich sollte die Bundeswehr unter Strauß in den Folgejahren aber zu einem beachtlichen Investor in der israelischen Militärindustrie werden: Die

¹⁶ Aktenvermerk des Bundesverteidigungsministeriums vom 31.10.1064, betr. Frankreich-Kol., BArch BW1/2472.

¹⁷ Das nach Einstellen der Waffenlieferungen noch ausstehende Militärgerät wurde mit einer einmaligen Zahlung von 140 Mio. DM ausgeglichen. Damit lässt sich die Gesamthöhe aller deutschen Leistungen an Israel, die im Zusammenhang mit dem von Strauß initiierten Rüstungsabkommen stehen, auf 334 Mio. DM. beziffern.

¹⁸ Botschafter Rolf Pauls, Tel Aviv, an Bundesaußenminister Brandt am 12.06.1967, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik (Im Folgenden: AAPD) 1967, Nr. 214.

¹⁹ Brief von Franz Josef Strauß an Heinrich von Brentano vom 19.8.1958, PA AA, B130, Bd. 4892A.



2 Franz Josef Strauß bei einer Pressekonferenz in Tel Aviv im Mai 1963

rund 77.500 aus Israel bezogenen UZI-Maschinenpistolen wurden zur Standardmaschinenpistole der deutschen Streitkräfte, während die Entwicklung von Munition im großen Stil nach Israel ausgelagert wurde. Bis Ende 1961 flossen so rund 130 Millionen DM in israelische Rüstungsgüter, bis 1965 sollen es insgesamt 250 Millionen gewesen sein.²⁰

„These funds [...] will be used to acquire arms that are vital for the IDF“, erklärte Ben-Gurion 1959: „We could not purchase the essential weapons that we need without [them].“²¹ Damit leistete die Bundesrepublik unter Verteidigungsminister Franz Josef Strauß auch durch Aufträge einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit Israels. Schließlich standen im Sommer 1963 rund fünfzig Prozent des Potentials der israelischen Militärindustrie in direktem Zusammenhang mit deutschen Rüstungsaufträgen.²²

In den späten 1950er Jahren hatte Shimon Peres die deutsche Waffenhilfe als „friendship for a rainy day“ bezeichnet. Als im Frühjahr 1967 der erste große Sturm aufzog und sich Israel einem heftigen arabischen Gewitter ausgeliefert sah, sollte sich diese Freundschaft bewähren: Deutsche Waffen und deutsche Expertise, jeweils von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß initiiert, hatten Israel im Sechs-Tage-Krieg von 1967 geholfen, seine strategischen Ziele zu verfolgen.

II. „Pazifist der Verantwortung“ – Strauß' politisches Bekenntnis zur Sicherheit Israels

„Was wäre später passiert, wenn bei der militärisch hoffnungslosen Lage des Landes ein halbwegs gleichwertiger Gegner mit den Israelis Schluss gemacht hätte?“²³ Strauß richtete diese

²⁰ Vermerk des vortragenden Legationsrats I. Klasse Middelmann vom 16.7.1965, PA AA, B130, Bd. 2582A.

²¹ Interview Ben-Gurions mit der israelischen Tageszeitung *Davar* vom 26.6.1959, zit. nach Documents on the Foreign Policy of Israel. 1958–1959 (Vol. 13). Jerusalem 2001, S. 235.

²² Bar Zohar: Shimon Peres (wie Anm. 2), S. 180.

²³ Nils Hansen: Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben-Gurion. Ein dokumentierter Bericht. Düsseldorf 2002, S. 488.

Frage unter dem Eindruck des Sechs-Tage-Kriegs an den CSU-Landesvorstand – nicht ohne selbst darauf eine Antwort zu geben: „Gar nichts wäre passiert. Der Oberrabbiner in den USA hätte von Präsident Lyndon B. Johnson die Erlaubnis erhalten, in der Synagoge von Washington einen großen Totendienst zu veranstalten. [...] Wie sich die Amerikaner mit einer Eselhaftigkeit verhalten haben, kann einen nur mit tiefster Sorge erfüllen, wenn es in Europa zu einer Zuspitzung kommt.“²⁴ Es war dies die Form der Kritik, wie Strauß sie 1967 an der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Israel übte, und die Art und Weise, mit der er sicherheitspolitische Eigenständigkeit und die seinerseits verantworteten Waffenlieferungen an Israel rechtfertigte: Nicht die verbale Beistandserklärung der USA, sondern die bundesdeutsche Initiative hätte letztlich einen Beitrag zu Israels Überleben geleistet. Schon 1963, und damit noch vor Bekanntwerden der deutsch-israelischen Sicherheitskooperation, hatte Franz Josef Strauß im Zuge seiner ersten Israel-Reise öffentlich geäußert, dass sich Deutschland „verantwortlich für das Leben und die Existenz Israels“ fühle und Sicherheitsfragen darin eingeschlossen seien.²⁵ Dasselbe Bekenntnis wird Strauß auch in späterer Zeit und während des nahöstlichen Kriegstheaters von 1967 leiten – in jeweils anderer politischer Funktion.

Noch im Vorfeld des Kriegsausbruches hatte Israel bei der Bundesregierung um Schutzmasken für die israelische Zivilbevölkerung angefragt, in der Angst, die arabischen Staaten könnten den jüdischen Staat mit Giftgasangriffen überraschen. Als es im Kabinett über die Entsendung von 20.000 Schutzmasken zur Auseinandersetzung kam und Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder (1910–1989, CDU) in diesem Schritt einen Widerspruch zur offiziellen Neutralitätspolitik der Bundesrepublik in Nahost erkannte, warf Strauß ihm Sturheit und fehlende Sensibilität vor. Nicht nur wurde der Ausfuhr der Schutzmasken schließlich stattgegeben, Strauß erklärte sich als amtierender Bundesfinanzminister zudem bereit, im Umfeld der Kriegswirren unbürokratisch eine erste Tranche der jährlichen Wirtschaftshilfe an Israel zu überweisen – noch bevor diese ein halbes Jahr später formell abgezeichnet werden sollte. Erneut war das Auswärtige Amt

²⁴ Ebd.

²⁵ Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt am 5.6.1963, in: AAPD 1963, Bd. 2, Nr. 189.

in dieser Angelegenheit um besondere Vorsicht bemüht, fürchtete es bei Abschluss der Verhandlungen im zeitlichen Umfeld des Sechs-Tage-Krieges eine politisch nachteilige Reaktion der arabischen Staaten. Diplomatische Vorsicht war für den CSU-Vorsitzenden Strauß jedoch nur nachrangig. Dass „Israel den Arabern keine Konzessionen zugestehen sollte, solange diese Friedensgesprächen nicht zustimmen“,²⁶ äußerte er im Sommer 1967 zwar noch hinter verschlossenen Türen gegenüber dem israelischen Botschafter Asher Ben-Natan (1921–2014). Spätestens als Kanzlerkandidat der Union für die Bundestagswahl 1980 jedoch sollte seine Bewertung des Nahostkonflikts auch öffentlich im Gegensatz zu den Grundlinien der offiziellen europäischen und deutschen Nahostpolitik stehen. Letztere bemühe sich, so Strauß, um eine „Quadratur des Kreises“ und bestünde aus „unsinnigen Leerformeln“, die zwar diplomatisch leicht zu vertreten, politisch aber nicht umsetzbar seien. In seiner Kritik der bundesdeutschen Nahostpolitik zeigte Strauß dabei mehrfach Leitlinien auf, die er als Voraussetzungen für einen politischen Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern begriff und aus denen hervorgeht, welche Sichtweise er auf den Status der 1967 von Israel besetzten Gebiete pflegte.

Vorrang vor jeder politischen Lösung hatte für ihn die Gewährleistung der Sicherheit Israels. In dieser existenziellen Frage dürfe sich der jüdische Staat, wie Strauß wiederholt betonte, nur auf sich selbst verlassen. Aus diesem Grunde stimmte er mit israelischen Regierungsvertretern überein, dass die militärische Hoheit über das Westjordanland auf absehbare Zeit nicht aufgegeben werden dürfe. „Wenn man von lauter Freunden umgeben ist, braucht man keine Pistole zu tragen. Wenn man aber mit den Erfahrungen lebt, die die Israelis im Laufe ihrer Geschichte – ich meine damit nicht nur die letzten Jahrzehnte – gemacht haben, dann ist diese Voraussetzung nicht gegeben. Für mich“, so äußerte sich Strauß in Israel, „steht außer Zweifel, dass die Israelis nicht bereit sind [...], die militärische Kontrolle über das Gebiet bis zum Westufer des Jordans aufzugeben.“²⁷ Vor dem Hintergrund der israeli-

²⁶ Botschafter Asher Ben-Natan an Zeev Shek, Direktor der Westeuropaabteilung im israelischen Außenministerium am 12.09.1967, Israel State Archive, Jerusalem, RG 130.23/ MFA/4011/7.

²⁷ Schell, Manfred: „Strauß warnt vor Entfremdung zwischen Israel und Europa“. In: Die Welt, 07.05.1980.

schen Sicherheitsinteressen wies Strauß damit auch die Gründung eines souveränen Palästinenserstaates zurück und zog diesem eine fortwährende militärische Präsenz Israels in den Grenzen von 1967 vor. Das Risiko eines weiteren arabischen Staates könne man in Jerusalem schließlich erst eingehen, wenn man dort über Garantien verfüge, „eine freundliche Umgebung zu haben und nicht einen Nachbarn, der seine Liquidation betreibt.“²⁸

Gleichwohl war sich Franz Josef Strauß darüber im Klaren, dass die langfristige Besetzung und fortschreitende jüdische Besiedelung des Westjordanlandes ein Hindernis für eine zukünftige Friedenslösung darstellen würden. Eine Annexion der Kriegsbeute von 1967 würde eben nicht den Weg für eine dauerhafte stabile Ordnung und einen gedeihlichen Frieden bereiten, befand Strauß schon zu Ende der 1960er Jahre, als er noch in der Bundesregierung saß und betonte, dass Deutschland „nicht alle [territorialen] Ansprüche Israels vorbehaltlos unterstütze“.²⁹ Der Siedlungspolitik Israels und ihrem ideologischen Überbau stand er dementsprechend ablehnend gegenüber und forderte in dieser Frage sowohl von israelischer als auch von arabischer Seite Flexibilität. Die Konzessionen, die Strauß dabei von Israel erwartete, gingen jedoch nur soweit, wie es die existenziellen Sicherheitsinteressen Israels in seinen Augen erlaubten. „Soweit die Siedlungsfrage dann mit Militärposten verbunden ist, die die militärische Kontrolle aufrechterhalten, ist das wohl eine Lösung, die nach einiger Zeit zustande kommen könnte.“³⁰ Militärische Sicherheit für den jüdischen Staat und Kontrolle des im Sechs-Tage-Krieg besetzten Westjordanlandes standen für Strauß damit in direktem Zusammenhang und bildeten die Eckpunkte, innerhalb derer er einen möglichen Lösungsansatz für den Nahostkonflikt dachte.

Einen solchen sah Franz Josef Strauß im Modell der Autonomie begründet, wie es von den USA im Camp-David-Abkommen 1979 eingebracht und von Ägypten und Israel im Grundsatz akzeptiert worden war. Mit der Befürwortung einer rein

²⁸ o. V.: „Strauß will Siedlungs-Pläne vorlegen. CSU-Chef in Israel – Nach Hebron-Überfall: Siedler attackieren Ezer Weizman“. In: Stuttgarter Nachrichten, 05.05.1980.

²⁹ o. V.: „Strauß: Annexion kein Weg zum Frieden“. In: Berliner Morgenpost, 09.03.1969.

³⁰ Rundfunkinterview mit Strauß vom 6.5.1980, Sendemanuskript zit. nach ACSP, NL Strauß Slg Kray i-80/52b.



3 Shimon Peres,
Franz Josef Strauß und
Moshe Dayan

zivilen arabischen Selbstverwaltung im Westjordanland unterschied sich seine Position dabei entscheidend von der offiziellen europäischen Linie, die mit der Beteuerung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes die Gründung eines souveränen Palästinenserstaates befürwortete. Strauß forderte dabei im Bundestagswahlkampf 1980 eine gestalterische Rolle der deutschen sowie europäischen Politik am nahöstlichen Autonomieprozess sowie ein Ende der „inhaltslosen Formeln“, die eine Entfremdung Europas von Israel beförderten. Mit der „wunderbaren Aussage, man unterstütze eine Lösung, die den Anspruch Israels auf international anerkannte und militärisch sichere Grenzen gewährleistet, die aber auch die legitimen Rechte der Palästinenser in vollem Umfang berücksichtig“³¹ sei der Nahostkonflikt schließlich nicht zu lösen. Israelis und Palästinenser hätten von sicheren Grenzen und legitimen Rechten jeweils andere Vorstellungen und diese ließen sich nicht miteinander vereinbaren. Franz Josef Strauß ließ dabei keine Zweifel offen, dass er hinter den israelischen Ansprüchen auf Sicherheit stand und eine militärische Präsenz Israels in den 1967 besetzten Gebieten als „existenziell“ erachtete.

³¹ Interview mit der französischen Tageszeitung *Le Monde*, 30.10.1979, zit. nach Pressesammlung im Nachlass Strauß, ACSP, NL Strauß Slg Kray I-79/66.

Schlussbetrachtung

„May I say how much I appreciate your friendship towards Israel which you have proved not only in words but also in deeds.“³² David Ben-Gurion richtete diese Worte in einer Dankeskarte an Franz Josef Strauß. Als diese im Dezember 1966 in München eintraf, waren knappe zehn Jahre vergangen, seit der israelische Regierungschef durch Entsendung Shimon Peres' den Kontakt zu Strauß aufgenommen hatte. Dazwischen, so zeigt der vorliegende Beitrag, hatte Franz Josef Strauß tatsächlich *deeds* – Taten – folgen lassen: Während seiner Zeit als Bundesverteidigungsminister erreichte Militärgerät im Wert von knapp 200 Millionen DM die israelischen Streitkräfte; für etwa dieselbe Summe kaufte die Bundeswehr Rüstungsgüter aus israelischen Produktionsstätten und bildete israelische Soldaten in Deutschland aus. Damit erhöhte die Bundesrepublik im Vorfeld des Sechs-Tage-Krieges nicht nur die militärische Schlagkraft Israels, Investition und Ausbildung kamen zusätzlich der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung des jüdischen Staates zugute. Dass die israelische Rüstungsindustrie dabei wenige Jahre nach dem Holocaust zum Ausstatter der deutschen Armee werden konnte, lag an der Informationspolitik von Strauß, der politische Gegner der Israelhilfe durch Geheimhaltung und gezielte Desinformation umging. Strauß selbst hatte sein Wirken in diesem Zusammenhang dabei als „Freundschaft der mutigen Tat“³³ charakterisiert.

Das Eintreten von Franz Josef Strauß für Israel beinhaltete zudem eine weitreichende politische Note, die über rein militärische Aspekte hinausreichte. Denn noch mehr als die Waffenhilfe einen Beitrag zum strategischen Gleichgewicht im Nahen Osten leistete, markierte sie den Auftakt bilateraler Beziehungen zwischen Deutschland und Israel jenseits der 1952 eingegangenen Wiedergutmachungspflichten. Somit liegt die entscheidende Bedeutung des Strauß'schen Engagements in der Eröffnung eines neuen Kapitels der deutsch-israelischen Geschichte begründet, für das er sich über innen-

³² Brief von David Ben-Gurion an Franz Josef Strauß vom 18.12.1966, ACSP, NL Strauß, Fam 562.

³³ Mit „Freundschaft der mutigen Tat“ ist in Strauß' Memoiren (erste Auflage) das Kapitel über sein Verhältnis zu Israel betitelt, vgl. Franz Josef Strauß: Erinnerungen. Berlin, 1989. S. 335–355.

politische Widerstände und außenpolitische Grundsätze hinwegsetzte.

Strategische Interessen im Kontext des Kalten Krieges stellten dabei nur eine Grundlage für die Sicherheitskooperation von Franz Josef Strauß mit Israel dar. Die moralische Verpflichtung für die Sicherheit Israels, wie Strauß sie aus der deutsch-jüdischen Geschichte ableitete, sollte zudem sein politisches Handeln entscheidend bestimmen. In seiner Statusbewertung der 1967 besetzten Gebiete und damit des Nahostkonflikts traten demgegenüber diplomatische Rücksichten zurück. Mit Blick auf die Sicherheit Israels, die für Strauß schon 1963 zur Staatsräson der Bundesrepublik zählte, ließ die militärische Geographie in seinen Augen keinen souveränen Palästinenserstaat zu. Franz Josef Strauß befürwortete eine rein zivile arabische Selbstverwaltung im Westjordanland, bei Aufrechterhaltung der militärischen Hoheit Israels in diesem Gebiet. Als „unverbindliche Phraseologie“ begriff er dabei die offizielle deutsche und europäische Haltung, der er, insbesondere als Kanzlerkandidat 1980, mit einer Forderung nach Unterstützung des Camp David-Abkommens entgegentrat. Nur die etappenweise Annäherungen zwischen Israelis und Palästinensern, zu der langfristig die Beendigung der israelischen Siedlungspolitik gehöre, könne den Nahen Osten in den Augen von Strauß zu „einer Landschaft blühenden Friedens machen.“³⁴

BILDNACHWEIS

Abb. 1: Government Press Office, Israel
 Abb. 2: Wikimedia Commons, Moshe Fridan
 Abb. 3: Picture Alliance/dpa

³⁴ o. V.: „Friedensprozess muss neu belebt werden. Interview mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über Grundsätze deutscher Nahostpolitik und das besondere Verhältnis zum Staat Israel“. In: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 28.06.85.